

Sacher Wolfgang

Sacher Wolfgang, Sindelsdorfer Str. 53, 82377 Penzberg

06.12.2010

Stadt Penzberg

Herrn 1. Bürgermeister
Hans Mummert
Karlstr. 25

82377 Penzberg

Stadtratssitzung am 14.12.2010; Erlass einer Satzung zur Gründung des Kommunalunternehmens Stadtwerke Penzberg

Sehr geehrter Herr 1. Bürgermeister
Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrats,

hiermit stelle ich folgenden Antrag:

Der Stadtrat beschließt die Gründung des Kommunalunternehmens zum 01.01.2012 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge des kommunalen Eigenbetriebs.

Begründung:

1.

Der Werkausschuss wie auch der Stadtrat (vgl. Beschluss v. 26.10.10) ist sich darüber einig, dass die Stadtwerke in ein Kommunalunternehmen der Stadt Penzberg in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden soll.

2.

Die Gründung des Kommunalunternehmens soll plötzlich sehr rasant gegründet werden. Selbst für die Geschäftsleitung des Rathauses bestand im Hinblick auf die vorberatende Werkausschusssitzung am 01.12.2010 noch erheblichen Klärungsbedarf.

Klärungsbedarf ist aus meiner Sicht aber ganz dringend erforderlich hinsichtlich des künftigen Gegenstands des Kommunalunternehmens (KU).

Wenn alleine nur die Sparten Abwasser- und Wasser übergehen sollen, brauchen wir kein KU gründen. Gedacht ist konkret im Satzungsentwurf auch an den Aufgabenbereich Energie.

Wie auch in den mündlichen Erläuterungen im Werkausschuss mehrfach erwähnt wurde, soll das Kommunalunternehmen eben überwiegend wegen der Sparte Energie gegründet werden.

Die Sparte Energie könnte genauso gut in den Eigenbetrieb integriert werden. Das würde lediglich Beschlüsse kosten. Kein Geld!

Die Gründung des Kommunalunternehmens kostet dem Bürger rund 100.000 € zzgl. der noch nicht bezifferten höheren Personalkosten.

Dagegen stehen lediglich fiktive Einsparungen bei Ausschreibungen unter dem Schwellenwert, begründet durch die Möglichkeit der Nachverhandlung. Die der Geschäftsleiter, Herr Reis, in seiner Sitzungsvorlage zu diesem Thema relativiert hat.

Zwischenzeitlich ist auch ganz deutlich, dass die früheren Aussagen der Werkleitung,
a) keine Höherstufungen bedingt durch die Änderung der Unternehmensform und
b) keine Erhöhung der Personalkosten durch Wechsel des Tarifvertrages nicht mehr zutreffen.

Wohin geht die Reise?
Zu höheren Gebühren? Zur Unwirtschaftlichkeit?

Sollte nicht umfassend geprüft werden, ob weiter wirtschaftliche Einheiten in das Kommunalunternehmen einbezogen werden um **SYNERGIEEFFEKTE** zu nutzen!

In den letzten Sitzungen sind aber von mehreren Fraktionen auch die Bereich Wellenbad und Bauhof als möglicher Betriebszweig genannt worden.

Bei diesen Bereichen handelt es sich zweifelsfrei um (nichthoheitliche) wirtschaftliche Bereiche. Hier werden Leistungen gegen Entgelt von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts geboten.

Begriffe wie steuerlicher Querverbund wurden ab und zu von der Werkleitung genannt, aber nicht konkretisiert. Was kann steuerlich zusammen gefasst werden? Welche Vorteile kann man daraus ziehen? etc.....

Alleine der Betrieb einer Photovoltaikanlage begründet einen Versorgungsbetrieb!

Viele Fragen stellen sich mir da, die ich vor der Beschlussfassung für ein Unternehmen gerne beantwortet haben will und beantwortet werden müssen.

Zukünftig sehe ich das Kommunalunternehmen größer angesiedelt. Aus diesem Grund müssen auch die personellen Auswirkungen transparent dargestellt werden.

Und zwar Auswirkungen mit Blick auf die Stadtverwaltung. Konkret trifft das hier die noch zu klärende Frage von Herrn Reis hinsichtlich der Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen.

In der vorletzten Sitzung wurde uns im Rahmen der Jahresrechnung 2009 deutlich aufgezeigt, dass die Personalkosten der Stadt weit über dem Landesdurchschnitt liegen. Herr Lehmann sprach in der Sitzung an, dass diese Kosten gesenkt werden müssen. Das sehen auch andere Fraktionen so.

Künftig wird das Kommunalunternehmen nur Dienstleistungen der Stadtverwaltung in Anspruch nehmen, wenn dies in qualitativer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht vertretbar erbracht wird.

Diese Voraussetzung ist der Schlüssel für die Tür, sich externen Dienstleistern zu bedienen und eben die Dienstleistung der Stadt nicht abzurufen. Externe Dienstleister verlangen zum Beispiel nur 8 € pro Monat für die Abrechnung und Betreuung eines Personalfalls!

In der Konsequenz könnte dies bedeuten, dass von der Stadtverwaltung keine Dienstleistung mehr abgerufen wird und die Verwaltung einen massiven Personalüberhang hat. Ich habe dieses Thema in einer Sitzung schon mal angesprochen.

Insofern ist es von essentieller Bedeutung jetzt zu klären wohin die Reise geht.

Das heißt konkret:

- a) Welche Aufgaben werden dem Kommunalunternehmen übertragen?
- b) Welche personellen Veränderungen gehen damit einher?

Meine Meinung ist, dass wir langfristig die nichthoheitlichen wirtschaftlichen Bereiche in die Betriebsform des Kommunalunternehmens überführen.

Die Ausführungen von Herrn Reis zum Quervergleich mit den umliegenden KU stimmen sicher. Die KU's in den umliegenden Städten haben auch mehrere Sparten um auch die Vorteile wie steuerlicher Querverbund und Synergieeffekte zu nutzen.

Steuerlich kann es durchaus für die Stadt von großer Bedeutung und von Vorteil sein. Im Wellenbad stehen enorme und sehr kostenintensive Sanierungen bevor. Wenn es hier möglich ist, Verluste im steuerlichen Querverbund gegen zu rechnen, lohnt sich ein Kommunalunternehmen doppelt.

Zu denken ist auch hier an Wellenbadsanierung und Errichtung eines Blockheizkraftwerks zur Versorgung von Wellenbad und Schule.

Wer kann diese Frage auf die schnelle beantworten?

Ich komme wieder darauf zurück, dass wir uns nicht vergeben und der Stadt und dem Eigenbetrieb kein Schaden entsteht, wenn wir das Kommunalunternehmen später gründen.

*Die WERKLEITUNG soll zusammen mit der Geschäftsleitung und den anderen Amtsleitern der Stadtverwaltung (Stadtbaumeister, Kämmerer, etc.) das **notwendige und zukunftsfähige Konzept** erarbeitet werden, um nicht nur die Strukturen für ein Kommunalunternehmen mit den Sparten Wasser, Wellenbad, Abwasser, Energie und Bauhof transparent zu machen, sondern auch die städtische Verwaltung richtungweisend aufzustellen.*

In diesem Prozess soll auch deutlich werden, welches feste Personal aus der Stadtverwaltung dem Kommunalunternehmen zugeordnet wird.

So ein Prozess wurde doch bereits im Bereich Liegenschaftsbereich in der Stadtverwaltung positiv von einem externen Berater begleitet und durchgeführt. Förderlich wäre es dazu auch, wenn ein kleiner Kreis von interessierten Stadträten in dieses Projekt integriert wird, um die notwendigen Informationen in der Fraktion weiter geben zu können.

So würden gleichzeitig mit der notwendigen Transparenz, klare Strukturen geschaffen.

Aus meiner Sicht wird nun das Kommunalunternehmen in den letzten 4 Wochen des Jahres auf die schnelle durchgeboxt. Da kann nur ein bitterer Beigeschmack hängen bleiben. Womöglich holt uns die Entscheidung bei den zukünftigen Haushaltsberatung (2012, ff) wieder ein.

Insbesondere sollte man auch daran denken, dass wir einen neuen Kämmerer haben, der sich erst einmal mit unserer finanziellen Situation vertraut machen muss. Im Rahmen der notwendigen Haushaltskonsolidierung spielt dieser als Leiter der Finanzverwaltung nämlich auch eine ganz wichtig Rolle.

Die Senkung von Personalkosten ist ein sehr sensibles Thema, weil es hier auch um Personalreduzierungen gehen kann.

Aus diesem Grund sollte der Zeitpunkt der Gründung des Kommunalunternehmens zum 01.01.2011 noch einmal überdacht werden.

Wir vergeben uns nichts, wenn wir einen Gang zurück schalten und den Zeitpunkt der Gründung auf den 01.01.2012 legen.

Weitere Vorteile läge darin, dass dadurch schon im Laufe des nächsten Jahres (z.B. Juli/Sept.) die entsprechenden Beschlüsse gefasst und die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten gemäß dem Maßnahmenplan durchgeführt werden können.

Auch könnte der künftige Verwaltungsrat nach den Grundsätzen der Besetzung der Ausschüsse der Stadt Penzberg besetzt werden.

Der Stadtrat und die Geschäftsleitung hätte darüber hinaus sogar auch die Gesamtpersonalsituation der Stadt Penzberg (Eigenbetrieb und Stadtverwaltung) komplett beleuchtet. Ggf. ergeben sich dadurch auch neue motivierende Impulse für die Verwaltung.

Auch die bisher zur Satzung von einigen Stadtratsmitgliedern aufgeworfenen Fragen könnten eingehend geklärt werden (z.B. Weisungsrecht des Stadtrats an den Verwaltungsrat; Folgen der Nichtbeachtung, etc.).

Ein weiterer Grund wäre auch, dass im Bereich Energie in dem nächsten Jahr nicht viel passieren wird. Sicher einige Gespräche im Hinblick auf eine Beteiligung am geplanten Blockheizkraftwerk im Nonnenwald und kleine Planungen, aber keine Bauvorhaben.

Aus diesen Gründen sollte man noch etwas warten. Warten bedeutet nicht fallen lassen oder vergessen. Man sollte sich jedoch schon ausreichend Zeit lassen um die Möglichkeiten umfassend zu prüfen.

Wer hat ein gutes Gefühl bei diesem Schnellschuss?

Den letzten mündlichen Ausführungen in der Werkausschusssitzung am 01.12.2010 war des Öfteren von Mitgliedern zu hören, dass andere Stadt und Gemeinde erst anfangen mit einem Kommunalunternehmen und wir schon so weit sind.

Müssen wir den Nachbargemeinden und Städten etwas beweisen?

Ich sehe das nicht so. Gerade in dieser wirtschaftlichen Situation in der wir uns befunden haben und noch befinden, gilt es wohl überlegt zu Handeln.

Baustellen haben wir genug. Eine weitere ist überflüssig!

Bei der Musikschule ist der Bau gestopt. Muss das Honorar an die Architekten voll bezahlt werden auch wenn der Neubau nicht kommt?

Warum brauchen wir wieder einen neuen Wettbewerb für den Stadtplatz der 70.000 € kostet? Kann der Sieger nicht weiter machen?

Viele Fragen, keine Antworten. Aber mit Geld-AUSGEBEN ist alles verbunden.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Sacher